

## **Protokoll:**

Bürgermeisterin Mohrs erläutert die Gründe für die notwendige Erhöhung der Gebühren. Sie macht den Kompromissvorschlag, die Gebühren ab dem 01.04.2023 um 12 % und ab dem 01.01.2024 um 12 % zu erhöhen.

Die Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen, SPD und Die LINKE-PARTEI stellen den im Informationssystem einsehbaren Änderungsantrag.

Die SPD-Fraktion schlägt als Kompromiss vor, die Gebühren ab dem 01.04.2023 um 12 % erhöhen, aber auf die Beschlussfassung einer weiteren Erhöhung ab dem 01.01.2024 derzeit zu verzichten.

Oberbürgermeister Langner schlägt vor, die Angelegenheit zu vertagen, die Thematik noch einmal im Werkausschuss Kommunalen Servicebetrieb zu beraten und in der Sitzung des Stadtrates am 02.02.2023 erneut zur Abstimmung zu stellen.